

Tag der Wirtschaft 2022
«Innovationen braucht das Land!»
Freitag, 9. September 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Mit Innovationen zur Versorgungssicherheit

Innovation braucht exzellente Bildung und Forschung, Wirtschaftsfreiheit und Technologieoffenheit

Christoph Mäder, Präsident economiessuisse

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte, sehr geehrter Herr Ständerat
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin
Sehr geehrte Damen und Herren Staatsräte
Sehr geehrter Herr Nationalbankpräsident
Sehr geehrter Herr Brigadier
Exzellenzen
Liebe Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich heisse Sie herzlich willkommen zum Tag der Wirtschaft 2022 von economiessuisse. Wir freuen uns, dass Sie so zahlreich hier in Lausanne erschienen sind. Sie bezeugen damit ihre Verbundenheit zu unserer Organisation. Speziell begrüßen möchte ich an dieser Stelle die Studierenden der Haute école de gestion HES-SO Valais-Wallis mit Professorin Line Pillet, Direktorin des Institut de recherche en entrepreneuriat et management sowie die Schülerinnen und Schüler der Kaufmännischen Berufsschule in Lausanne mit ihrem Lehrer Olivier Clerc.

Die Schweizer Wirtschaft wurde in jüngerer Vergangenheit mit riesigen Herausforderungen konfrontiert: Frankenschock, Klimawandel, Pandemie, Lieferengpässe, Fachkräftemangel, Krieg in Europa, Energiekrise, Inflation.

Immer, wenn wir gehofft hatten, das Schlimmste sei nun überstanden und das Unheil abgewehrt, tauchten am Horizont neue Gewitterwolken auf. Nach der Krise ist vor der Krise. Dabei zeigt sich die Schweizer Wirtschaft immer wieder erstaunlich robust – so auch in der Corona-Pandemie.

Woran liegt das? Die Corona-Einschränkungen waren bei uns nicht ganz so rigide wie in vielen anderen Ländern. Das war sicher ein Vorteil. Aber warum zeigt sich die Schweizer Wirtschaft auch in vielen anderen Krisen immer wieder so belastbar und so widerstandsfähig? Zufall?

Nein! Was die Schweiz durch alle Krisen hindurch zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt gemacht hat, ist das Primat der unternehmerischen Freiheit vor der politischen Agenda eines Zentral-

staates. Die Geschichte unseres Landes ist weitgehend die Geschichte unserer erfolgreichen Volkswirtschaft. Auch wenn sich der aktuelle Zeitgeist dagegen sträuben mag, so bin ich zutiefst davon überzeugt: In der Schweiz geht es den Menschen gut, weil die Wirtschaft erfolgreich ist. Wir haben heute einen hohen Lebensstandard, hervorragende Beschäftigungsaussichten, leistungsfähige Sozialwerke und erstklassige Infrastrukturen. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis harter Arbeit, vieler kluger politischer Entscheidungen und eines vernünftigen Umgangs mit öffentlichen Geldern.

Ein Blick zurück auf die vergangenen 18 Monate offenbart immer wieder die beachtliche Widerstandsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Unternehmen und Bevölkerung haben bewiesen, dass sie enorme Belastungen und Störungen gemeinsam bewältigen und rasch wieder zur Normalität zurückzukehren können. Diese Fähigkeit ist Ausdruck einer ausgeprägten Resilienz.

Diesen Begriff hörten wir während der Pandemie oft. In der Technik und in der Physik meint Resilienz die Fähigkeit von Systemen, bei Störungen oder Ausfällen von Teilsystemen nicht vollständig zu versagen, sondern wesentliche Systemdienstleistungen aufrechtzuerhalten. Genau das haben wir erlebt. In Wirtschaft und Gesellschaft geht es aber nicht nur um Technik, sondern vor allem um Menschen. Deshalb ist Resilienz auch Ausdruck von gesellschaftlichem Zusammenhalt, von Solidarität und Gemeinsinn, von bewährten Strukturen, aber auch von Innovationskraft, von Fokus und Optimismus.

Soweit so gut. Nun stellt sich die Frage, wie die genannten disruptiven Ereignisse unsere Wirtschaft und Gesellschaft verändern oder bereits verändert haben? Im Sinne einer nachhaltigen Widerstandsfähigkeit umfasst Resilienz nämlich idealerweise auch eine inhärente Lern- und Entwicklungsfähigkeit. Diese ist Voraussetzung für jedes Unternehmen, langfristig überleben und prosperieren zu können.

Was haben wir also aus den vergangenen Krisen gelernt? Wir haben zum Beispiel gelernt, dass der Staat einspringt und den Unternehmen finanziell unter die Arme greift, wenn es hart auf hart kommt. Bei anhaltendem Staatsversagen in bestimmten Bereichen oder bei extremen Ereignissen mit globalen Dimensionen wie bei einer Pandemie ist gegen zeitlich und im Umfang eng begrenzte Hilfspakete für Härtefälle nicht wirklich viel einzuwenden.

Diese Erkenntnis aus der Pandemie hat aber eine Kehrseite: Die ohnehin schon latent vorhandene Anspruchshaltung gegenüber dem Staat und die wachsende Vollkasko-Mentalität wurden in der Pandemie weiter geschürt. Mit der Corona-Krise wuchsen auch in verschiedenen Wirtschaftszweigen und Berufsständen die Begehrlichkeiten nach einer Unterstützung aus der Staatskasse. Und auch im politischen Bern beobachten wir gewisse Narben aus der Corona-Pandemie. Die Staatsinterventionisten feierten schon während des Lockdowns frivol die damals einzige zugelassene Party. Und sie tun dies in vielen Bereichen weiter. Es scheint fast, als hätte sich eine Art «*Bundesbernisches Long Covid*» herausgebildet, bei dem Interventionen und Unterstützungen durch den Staat in Serie durchgewinkt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das verheisst nichts Gutes! Auch wenn schon bald Parlamentswahlen anstehen, sollten die Volksvertreterinnen und -vertreter ihre Spendierfreudigkeit mässigen und gesunde Staatsfinanzen sowie eine regulatorische Zurückhaltung auf dem Radar behalten.

Dass der Staat hilft, wenn es eng wird, darf auf gar keinen Fall zur Normalität werden, weder heute noch morgen. Risiken einzugehen und die Konsequenzen dieser Risiken zu tragen. – im Guten wie im Schlechten – sind elementare Grundpfeiler des Unternehmertums. Die Grundprinzipien des freien Unternehmertums gilt es unter allen Umständen zu schützen. Und deshalb – frei nach John F. Kennedy: «Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann. Fragt stattdessen, was wir gemeinsam tun können für ein freies Unternehmertum und für eine liberale und nachhaltige Marktwirtschaft. Denn sie sind das Fundament unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit unseres Wohlstands.»

Was wir auch aus der Krise gelernt haben: Die Wettbewerbsfähigkeit ist für unser kleines Land ein Lebensnerv. Nur aufgrund ihrer bemerkenswerten internationalen Wettbewerbsfähigkeit hat die Schweizer Wirtschaft die Corona-Krise so gut überstehen können. Aber Wettbewerbsfähigkeit ist nicht statisch. Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit braucht ständige Anstrengung, sowohl der Unternehmen wie auch der

staatlichen Organe und Entscheidungsträger. Wettbewerbsfähigkeit bedingt auch Reformfähigkeit, denn Stillstand bedeutet Rückschritt im internationalen Wettbewerb. Wenn wir weiterhin an der Spitze bleiben wollen, müssen wir Reformblockaden lösen und unsere eklatante Reformunfähigkeit entschlossen angehen. In der Altersvorsorge zum Beispiel steuern wir auf eine demografisch bedingte Krise zu. Mit der Reform AHV 21 haben wir die Chance, endlich einen Reformschritt zu machen und das Krisenrisiko zu senken.

Unser freier und offener Arbeitsmarkt wird geschwächt durch sozialpartnerschaftlichen Protektionismus. Die öffentlichen Verwaltungen schwellen an und mit ihnen die Bürokratie. Staatsnahe Betriebe graben privaten Unternehmen das Wasser ab, die Liberalisierung des Strommarktes stockt und im Gesundheitswesen ist der Wettbewerb längst massiv eingeschränkt.

In der Schweiz wächst ein allumsorgender Staat heran. Er schwächt schleichend die Selbstverantwortungskräfte der Menschen, huldigt einer bürokratischen Betreuung und ist abgabenhungrig. Darunter leidet das freie und verantwortungsvolle Unternehmertum. Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft werden gehemmt.

Aber Hand auf unser politisches Herz, meine Damen und Herren. Sind es nicht auch bürgerliche Kreise, ja, sind es nicht auch Unternehmerinnen und Unternehmer selbst, von denen immer häufiger der Ruf nach staatlichen Subventionen und finanziellen Unterstützungen aller Art ertönt? Natürlich ist es grundsätzlich vollkommen legitim, nichts unversucht zu lassen, um Fortbestand und Wohlergehen eines Unternehmens zu sichern. Aber: Dürfen wir dabei ordnungspolitische Grundsätze leichtfertig und ohne Zögern auf den Opferstock legen? Soll sich der Staat nicht mehr nur auf das Organisieren von Markt und Wettbewerb beschränken, sondern selbst in den Wettbewerb eingreifen dürfen, wenn es einem selbst nützt?

Verehrte Damen und Herren, ich warne ausdrücklich davor! Ordnungspolitische Prinzipien garantieren unternehmerische Freiräume. Wer diese Prinzipien über Bord wirft, verzichtet auf Freiheit. Wer in schwierigen Zeiten leichtfertig nach dem Staat ruft, kann gewiss sein, dass der Staat auch dann zur Stelle ist, wenn man ihn nicht braucht und gerade nicht will. Die Wirtschaft darf nicht zum Steigbügelhalter von Staatsinterventionismus werden.

Ich habe es eingangs gesagt: Die Schweiz hat eine lange und erfolgreiche Tradition von unternehmerischer Verantwortung. Zu den typischen guten Tugenden helvetischer Unternehmerinnen und Unternehmer gehört eine umsichtige Unternehmensführung. Viele Schweizer Unternehmen sind stolz auf einen vergleichsweise hohen Eigenfinanzierungsgrad und sie schätzen finanzielle Solidität. Dafür sind sie bereit, auf allzu waghalsige Abenteuer, Übertreibungen und Eskapaden zu verzichten. Das schlägt sich dann zum Beispiel in starken Bilanzen nieder. Auch das ist eine wichtige Voraussetzung für die Resilienz eines Unternehmens.

Es gehört ebenfalls zu den guten Tugenden schweizerischen Unternehmertums, dass Bescheidenheit und Gemeinsinn wichtige Erfolgsfaktoren sind und bleiben. Unsere Wirtschaft muss auch ihre gesellschaftliche Verantwortung weiterhin wahrnehmen. Selbst wenn eine gewisse Wohlstandssättigung in wachsenden Teilen der Bevölkerung um sich greift, dürfen wir als Führungskräfte in Wirtschaft und Gesellschaft nicht in Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit verfallen.

Dies zeigt sich gerade jetzt umso stärker, wo sich eine toxische Mischung aus gefährlichen Entwicklungen im internationalen Umfeld zusammenbraut und bereits zur grössten exogenen Krise seit Jahrzehnten geführt hat.

Zunächst das Stichwort Ukraine: Angesichts der Nachrichten und Bilder aus dem Kriegsgebiet stockt uns der Atem: Die russische Armee führt nun seit über einem halben Jahr einen heftigen Angriffskrieg gegen sein Nachbarland. Der Krieg dauert mit unverminderter Heftigkeit an und er hat ein latentes und erhebliches Eskalationspotenzial: Wer weiss heute schon, was in den kommenden Monaten noch geschehen wird? Auf jeden Fall gehört es zu unserer humanitären Tradition, dass wir den Kriegsoptionen nach Kräften helfen und Menschen aus der Ukraine einen sicheren Zufluchtsort bieten.

Ein anderer Gefahrenherd liegt im Osten des Südchinesischen Meers. Was der Besuch einer alten Dame in Taiwan an chinesischem Säbelrasseln auslösen kann, lässt uns erschauern. Es ist aus heutiger Sicht kaum vorstellbar, welche tektonischen Verschiebungen im geopolitischen Gefüge ein möglicher Angriff Chinas auf Taiwan auslösen würde. Der Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen Supermacht hat auch die politischen Kräfteverhältnisse verschoben. Viele Schweizer Unternehmen pflegen seit Jahren wirtschaftliche Beziehungen zu China. Sie importieren chinesische Güter zum Verkauf oder zur Fertigung von Produkten, sie exportieren selbst Güter und Dienstleistungen für den chinesischen Markt und sie investieren direkt in Produktionsstätten in China. Das Land im Reich der Mitte gehört neben der EU und den USA zu den Hauptzielmärkten der Schweizer Wirtschaft. Und das Potenzial ist weiterhin gross. Nicht auszudenken, welche Konsequenzen allfällige Sanktionen, wie sie derzeit Russland erfährt, gegen China für die Schweizer Wirtschaft hätten.

Die Wirren der Gegenwart führen uns brutal vor Augen, wie grundlegend das Bedürfnis der Menschen nach Frieden, Sicherheit und Unversehrtheit ist, und dass diese keineswegs selbstverständlich gesichert sind. Bürgerinnen und Bürger eines Landes können nur dann erfolgreich wirtschaften, wenn sie sicher sind und sich sicher fühlen. Deshalb muss sich auch die schweizerische Sicherheitspolitik der veränderten Umwelt stellen und die notwendigen Vorkehrungen treffen, um die Sicherheit und Stabilität unseres Landes garantieren zu können. Sicherheit führt im Verbund mit Selbstverantwortung und Wettbewerb zu Innovation, Wirtschaftswachstum und Resilienz.

An grossen Herausforderungen im Umfeld fehlt es unseren Unternehmen beileibe nicht. Was ihnen im Moment aber fehlt, sind Arbeitskräfte, Güter und möglicherweise schon bald auch die Energie. Die aktuelle Situation ist für viele Unternehmen schwierig. Wie haben wir in Politik und Wirtschaft damit umzugehen? Was heisst verantwortungsvolles Handeln in einem multitoxischen Umfeld?

In unserer «Wirtschaftspolitischen Agenda» haben wir – zusammen mit dem Arbeitgeber- und dem Gewerbeverband – verschiedene Handlungsfelder skizziert, mit denen wir den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig stärken und resilienter machen wollen. Eines der zentralsten Handlungsfelder betrifft Innovation und Forschung. Sie sind unabdingbar für die weitere Prosperität unserer Volkswirtschaft. Auch deshalb haben wir Innovation als Thema des heutigen Tags der Wirtschaft gewählt. Sie werden heute noch viel über Innovation und die Voraussetzung dafür hören. Ich werde mich an dieser Stelle deshalb kurz halten.

Innovation ist der Motor jeder Wirtschaft. Und für das Hochkostenland Schweiz ist die Innovationsfähigkeit sogar vital. Zielführende Innovation verbindet Forschung und Wissenschaft mit der Praxis. Konkret schlagen wir den weiteren Ausbau der – privaten und staatlichen – Innovations- und Forschungsressourcen und -prozesse sowie eine praxisnahe Ausgestaltung der Innovations- und Forschungsförderungen vor. Zudem plädieren wir für eine Einbindung des Schweizer Forschungsplatzes in internationale Forschungsnetzwerke. Und schliesslich unterstützen wir ein entschlossenes Handeln gegen den Fachkräftemangel durch eine Stärkung der Berufsbildung und der Ausbildung in den MINT-Fächern. Wenn wir weiterhin der ersten Liga mitspielen wollen, müssen die Naturwissenschaften und die Ingenieurausbildung unbedingt mehr Gewicht erhalten. Das würde auch helfen, der zunehmenden Technikfeindlichkeit wirksam zu begegnen.

Zusammenfassend brauchen wir für unseren innovativen Wirtschaftsstandort Exzellenz in Bildung und Forschung, unternehmerische Freiheiten und vor allem Technologieoffenheit.

Wie falsch Technologieverbote sind, sehen wir exemplarisch in der Energieversorgung. Auch wenn die Dekarbonisierung und neuerdings der Ukraine-Krieg die Versorgungssicherheit weiter verschärft haben, so war schon vor diesen Entwicklungen klar, dass der Stromverbrauch in der Schweiz weiter massiv ansteigen würde. Und es war auch klar, dass der Ausbau der erneuerbaren Energiequellen mit diesem massiven Verbrauchsanstieg nicht Schritt halten kann. Trotzdem hat das Stimmvolk 2017 ein Bewilligungsverbot für neue Kernkraftwerke beschlossen. In der Zwischenzeit wurde das erste Kernkraftwerk

vom Netz getrennt, ein Stromabkommen mit der EU liegt in weiter Ferne und verlässliche Stromimporte aus unseren Nachbarländern verkommen zusehends zum reinen Wunschdenken.

Nun steuern wir, wie Sie – meine sehr geehrten Damen und Herren – wissen, in den kommenden Monaten geradewegs auf eine mögliche Energiemangellage zu. Die drohenden Engpässe in der Strom- und Gasversorgung beschäftigen die Unternehmen stark und sorgen für grosse Verunsicherung. Viele sähen sich im Ernstfall mit existenziellen Nöten konfrontiert. Betriebsschliessungen und Arbeitslosigkeit sind ein realistisches Szenario. Vor diesem Hintergrund fordern wir Bundesrat und Verwaltung auf, einen zusätzlichen Effort für die Verhinderung einer Mangellage zu leisten.

Schon vor etwa einem Jahr hat die Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom vor möglichen Strommangellagen bereits ab 2025 gewarnt. Inzwischen hat sich die Situation leider nicht entschärft. Im Gegenteil: Die drei Pfeiler einer wirksamen Energieversorgung – Sicherheit, Preis und Klimaneutralität – sind akuter bedroht denn je. So hat die Kommission nun Anfang Juni vor möglichen Engpässen bei der Stromversorgung bereits im kommenden Winter gewarnt.

Eine Strommangellage wäre ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Desaster und muss unbedingt verhindert werden. Allein die volkswirtschaftlichen Schäden könnten im zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich liegen. Der drohende irreparable Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und seine Fähigkeit, die Grundversorgung zu gewährleisten, ist zwar nicht quantifizierbar, wiegt aber schwer.

Damit die Schweizer Stromversorgung auch in Zukunft gesichert ist, muss die Politik die Energiezukunft umfassender denken und eine technologisch breit abgestützte, erschwingliche und innovative Versorgung ermöglichen. Wir haben dazu schon vor Monaten konkrete Vorschläge gemacht:

1. Die Wirtschaft fordert die Definition eines Schwellenwerts beim Stromimport im Winter, da die Stromlücke insbesondere im Winterhalbjahr droht. Wir sehen diesen Wert bei 10 TWh. Zeichnet sich mittel- bis längerfristig eine dauerhafte Überschreitung dieses Schwellenwerts ab, müssen die Kapazitäten zur Stromproduktion prioritär, frühzeitig und unbürokratisch erweitert werden.
2. In der Energie- und Klimapolitik sind klare Prioritäten zu setzen: Versorgungssicherheit vor Klimaschutz, dann Natur- und Heimatschutzinteressen. Aktuell gibt es ein Übergewicht am Interesse des Natur- und Heimatschutzes. So sollte beispielsweise das generelle Bauverbot für die Nutzung der Wasserkraft bei Gletschervorfeldern gestrichen werden, denn gerade diese Gletschervorfelder bieten sich für die Nutzung der Wasserkraft an und sind wichtig, wenn man die Wasserkraft in der Schweiz ausbauen will.
3. Wir brauchen Technologieoffenheit in der Stromproduktion: Die Technologie entwickelt sich schnell und wir können uns nicht leisten, bereits jetzt Türen zu schliessen. Das erleichtert und beschleunigt die Zielerreichung. Ein innovatives Marktumfeld ermöglicht es, dass alle energiewirtschaftlichen Möglichkeiten optimal genutzt werden. Dafür gilt es auch, die Integration in den EU-Strombinnenmarkt vorzubereiten.
4. Der Strompreis ist fundamental für Gesellschaft und Wirtschaft: Bei weiteren Kosten für den Zubau muss daher nach kostenneutralen Finanzierungen für die Endkunden gesucht werden. Ausserdem ist die vollständige Strommarktöffnung längst überfällig. Sie schafft die Voraussetzungen für Innovation und ist damit auch ein Garant für die Versorgungssicherheit.
5. Die Wirtschaft selbst kann und will mit einer Stromeffizienzoffensive eine wichtige Rolle spielen: Dafür braucht es aber die richtigen Rahmenbedingungen. Die Erfahrungen mit dem CO₂-Gesetz haben gezeigt, dass ein «Anstoss» wie die Rückerstattung der CO₂-Abgabe bei Reduktionsverpflichtungen viel bewegen kann. Dieses Modell der Zielvereinbarungen sollte auch auf das Energiegesetz übertragen werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Wir stehen kurzfristig vor einigen ganz schwierigen Herausforderungen. Dafür brauchen wir möglichst rasch gute Lösungen. Aber als Führungskräfte in der

Wirtschaft tragen wir auch Verantwortung für das Morgen und Übermorgen. Dabei müssen Ordnungspolitik und finanzielle Disziplin stets unsere Leitschnur bilden.

Das gilt auch für Volksabstimmung vom 25. September über vier wirtschaftspolitische Vorlagen. Ich lade Sie ein, gehen Sie an die Urne und bezeugen Sie mit Ihrem Stimmzettel Ihre Unterstützung für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Alle vier Dachverbände der Schweizer Wirtschaft sagen JA zur Reform der Verrechnungssteuer, JA zur Reform AHV 21, JA zur Zusatzfinanzierung der AHV und NEIN zur Massentierhaltunginitiative.

Zum Schluss noch eine Bitte an Sie persönlich: Die Wirtschaft muss in der öffentlichen Debatte unbedingt wieder vermehrt sichtbar werden. Wir müssen der zunehmenden Entfremdung von Wirtschaft und Gesellschaft entgegenwirken. Darum haben wir im vergangenen Jahr das Projekt «Wirtschaft. Wir alle.» lanciert und damit einen Stein ins Rollen gebracht. Auch verschiedene Handelskammern und Branchenverbände haben – zum Teil schon viel früher – eigene Projekte mit ähnlichen Zielsetzungen gestartet, sei das im Bereich der Deutungshoheit oder der Nachhaltigkeit. Das freut mich persönlich sehr und stimmt mich zuversichtlich, dass wir gemeinsam die Stimme der Wirtschaft in der Politik wieder stärker zur Geltung bringen werden.

Was die wettbewerbsfähige Schweiz von morgen ebenso braucht wie die unternehmerische Freiheit, sind mutige Fürsprecherinnen und Fürsprecher aus der Wirtschaft: Fach- und Führungskräfte wie Sie, die für ihre Überzeugung hinstehen und sich der öffentlichen Debatte stellen. Damit auch unsere Kinder und Enkelkinder wirtschaftliche Krisen unbeschadet überstehen und weiterhin in Wohlstand und Sicherheit leben können. Ich zähle auf Sie.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Nun freue ich mich sehr, Frau Staatsrätin Isabelle Moret auf die Bühne zu bitten. Isabelle Moret war ab 2015 Mitglied des Vorstands von *economiesuisse*. Sie hat hier als Präsidentin der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (*fial*) die Interessen dieser Branche vertreten. Im vergangenen April wurde sie vom Waadtländer Stimmvolk in die Kantonsregierung gewählt und trat deshalb aus unserem Vorstand zurück.

Ich danke dir, liebe Isabelle, ganz herzlich für deine langjährige engagierte Mitarbeit in unserem Verband, wünsche dir als neue Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Waadt viel Erfolg und freue mich nun auf deine Grussbotschaft.